

Beschluss des SPD-Bezirksvorstands Braunschweig zu den Konsequenzen der Landtagswahl 2008

16. Mai 2008

Neue Stärke für die SPD in Niedersachsen: Profil schärfen – Kräfte bündeln – Partei öffnen

Die SPD in Niedersachsen hat bei der Landtagswahl 2008 nochmals rund 300.000 Wählerinnen und Wähler gegenüber der Landtagswahl 2003 verloren und erreicht gegenüber den Stimmerngebnissen der Bundestagswahl 2005 nur noch die Hälfte ihres Wählerpotentials. Diese Entwicklung ist insbesondere deshalb Besorgnis erregend, weil sich die SPD in anderen Bundesländern (Hessen und Hamburg) zeitgleich deutlich gegenüber den vorangegangenen Landtagswahlen verbessern konnte. Die Wahlniederlage in Niedersachsen erfolgte gegen einen für die SPD nach dem Hamburger Bundesparteitag zu Beginn des Jahres 2008 sich bundesweit verbesserten Trend.

I. Ursachen.

1. Wiederwahl der Regierung als politische Normalität.

Entscheidend zu dem schlechten Ergebnis der SPD in Niedersachsen hat die geringe Wahlbeteiligung und damit die geringe Mobilisierung der SPD-Anhängerschaft beigetragen. Diese geringe Mobilisierung der eigenen Anhängerschaft hat sicher auch Gründe in der inhaltlichen und personellen Aufstellung der SPD in Niedersachsen.

Die Diskussion darüber darf aber den Blick auf eine politische Normalität in Deutschland nicht verstellen: Die entscheidende Motivation für Wählerinnen und Wähler ist häufig der Wunsch nach einer Abwahl der bestehenden Regierung. Massive Fehler in der Regierungsarbeit, politische Skandale, offensichtliche schwache personelle Angebote in Regierungen, innerparteilicher Richtungsstreit in der Regierung oder Koalition: das alles sind gängige Motive für Abwahlen bestehender Regierungen, die in Niedersachsen offensichtlich nicht in dem Maße vorhanden waren, dass die SPD da-

von hätte profitieren können. In Hessen und Hamburg dagegen standen die von der CDU geführten Landesregierungen bereits zum dritten bzw. zum zweiten Mal zur Wiederwahl an. Die Wahlergebnisse der SPD in diesen beiden Ländern sind entsprechend besser.

Niedersachsen ist zudem weder ein politisches Stammland der SPD noch der CDU, so dass eine Regierungskoalition in ihrer ersten Legislaturperiode i.d.R. in Niedersachsen nicht gegen eine mehrheitlich festgelegte politische Grundhaltung regieren muss. So konnten CDU und FDP in Niedersachsen nach einer dreizehnjährigen Regierungszeit der SPD auch auf eine generelle Akzeptanz ihrer Arbeit setzen. Selbst härtere finanzielle Einschnitte in den Landeshaushalt führten nur zu überschaubaren Protesten. Außerdem gelang es dem relativ populären CDU-Ministerpräsidenten auch, dass erste Abnutzungserscheinungen seiner Regierung (z.B. Fehlentscheidungen beim Jade-Weser-Port, Auseinandersetzungen in der Bildungspolitik, mangelhafter Einfluss auf die Standortentscheidungen bei VW u.a.m.) weitgehend nicht mit seiner Person in Verbindung gebracht wurden.

In der Konsequenz fehlte es – anders als z.B. in Hessen – an der notwendigen politischen und personellen Konfrontation. Sicher hat das zur mangelnden Mobilisierung der SPD-Wählerschaft und zu einer sehr niedrigen Wahlbeteiligung von rund 57 Prozent beigetragen. Es ist sehr zweifelhaft, ob eine andere Wahlkampfstrategie oder Organisation, andere Wahlkampfthemen oder ein anderer Spitzenkandidat an dieser Ausgangslage und an den daraus erwachsenen Konsequenzen wesentliches hätte ändern können. Persönliche Schuldzuweisungen machen deshalb keinen Sinn.

2. Die Rückkehr in die Regierung braucht längeren Atem.

Parteien fällt dieser Blick auf die politische Normalität in gewachsenen parlamentarischen Demokratien naturgemäß schwer. Die jeweiligen Regierungsparteien interpretieren Wahlerfolge als bewusste Entscheidung von Wählerinnen und Wählern für eine bestimmte Politik, obwohl oft nur die Motivation zur Abwahl nicht groß genug ist. Die Kommentare von CDU und FDP nach der Landtagswahl 2008 sind angesichts der

dramatisch gesunkenen Wahlbeteiligung besonders beredte Beispiele für diesen Realitätsverlust.

Und auch der jeweiligen Oppositionspartei fällt es meist schwer, sich auf die Normalität zumindest einer Wiederwahl der Regierungspartei einzustellen. In den Fällen, in denen sich Parteien auf mehr als eine Legislaturperiode in der Opposition einstellen, tun sie das in der Regel nicht direkt, sondern indirekt durch die Auswahl eines Spitzenkandidaten, der mehr als einmal für eine Spitzenkandidatur antreten kann.

Diese politische Entwicklung (besser: politische Normalität) in Niedersachsen und eine damit verbundene mögliche Wiederwahl der CDU/FDP-Koalition hätte in den ersten Jahren nach der vorletzten Wahl im Jahr 2003 deshalb wesentlich stärker und offener in den Führungsgremien der niedersächsischen SPD beraten werden müssen. Es war rückblickend ein Fehler ausschließlich auf eine schnelle Rückeroberung der politischen Mehrheiten in Niedersachsen bereits bei der Landtagswahl 2008 zu setzen. Der in Niedersachsen häufig notwendige „längere Anlauf“ (siehe Kandidaturen von Gerhard Schröder und Christian Wulff) hätte als Konsequenz eine Personalentscheidung für die Spitzenkandidatur erfordert, die mindestens zweimal für die Landtagswahlen 2008 und 2013 zur Verfügung steht.

3. Mangelnde Profilbildung und Defizite der SPD im Landtagswahlkampf 2008

Unter den gegebenen Umständen war es für die SPD objektiv schwierig, mit landespolitischen Themen ein ausreichendes Profil und eine ausreichende Polarisierung zur Regierungskoalition von CDU und FDP zu bilden.

Umso wichtiger wäre es für die SPD, sich mit der grundsätzlichen Distanz auseinander zu setzen, die Wählerinnen und Wähler ganz allgemein heute zu Parteien entwickelt haben, um sich mit eigenen Angeboten und der Öffnung der SPD Niedersachsen davon glaubwürdig abzusetzen. Die SPD als „die andere Partei“ mit einem Mehr an Mitwirkungs- und individuellen Einflussmöglichkeiten wäre dafür eine denkbare Alternative gewesen (und ist es noch). Diese Art einer Parteireform interessiert auch die

Öffentlichkeit, wogegen eine Verengung auf die inneren Organisationsstrukturen kaum auf Resonanz außerhalb der niedersächsischen SPD treffen dürfte.

Auch wenn es mehr als fraglich ist, ob ein anderer Wahlkampf, andere Themen und ein anderer Spitzenkandidat tatsächlich das Wahlergebnis wesentlich verändert hätten, gibt es sicher Grund die inhaltliche Ausrichtung des Wahlkampfes kritisch zu hinterfragen:

- die starke Konzentration auf das Thema „Gerechtigkeit“ und damit einhergehend fehlendes Profil in Bereichen wie wirtschaftlicher Modernisierung oder ökologischer Verantwortung;
- die große Nähe zu den „Gerechtigkeitsthemen“ der Linkspartei;
- das unzureichende Niedersachsen-Profil;
- die nicht ausreichende Zusammenarbeit mit den sozialdemokratischen Kommunalvertretungen in Niedersachsen;
- das Fehlen personeller Profilbildung in der Spitzengruppe der Landesliste und damit einhergehend mangelnde Glaubwürdigkeit eines längerfristigen politischen Engagements des „Kompetenzteams“ („Schattenkabinett“) in der Landespolitik der SPD;

II. Konsequenzen.

Die niedersächsische SPD muss ein eigenständiges Profil auf unterschiedlichen Ebenen herausbilden und miteinander verbinden:

- Profil als Perspektiven-Partei.
- Profil als Bürger/innen-Partei.
- Profil als Niedersachsen-Partei.

1. Die SPD-Niedersachsen: Partei mit Perspektiven.

Der Schwerpunkt der gemeinsamen Arbeit der SPD-Landtagsfraktion und des SPD-Landesverbandes Niedersachsen muss die Erarbeitung eines eigenständigen Profils

für „die niedersächsische SPD“ sein. Dieses Profil will die drei Herausforderungen unserer Gesellschaft

- wirtschaftliche Modernisierung
- soziale Sicherheit
- ökologische Verantwortung

in der niedersächsischen Landespolitik verbinden und damit Perspektiven für Wachstum und Beschäftigung, soziale Gerechtigkeit und Umwelt- und Klimaschutz schaffen. Andere Parteien geben dagegen vor, jeweils einen Teil dieser Aufgaben lösen zu können. Aber gerade die Kombination dieser drei Aufgaben ist die eigentliche Herausforderung und das besondere Markenzeichen der SPD, die sich den damit verbundenen Schwierigkeiten z.B. in der Finanzpolitik nicht entzieht, sondern realistische und tragfähige Antworten gibt.

Um diesem Anspruch gerecht zu werden, müssen SPD-Landtagsfraktion und SPD-Landesverband gemeinsame Arbeitsstrukturen von Mitgliedern der Fraktion und Vertretern des SPD-Landesverbandes schaffen, in der auch die sozialdemokratische Kommunalpolitik in Niedersachsen beteiligt ist.

2. Die SPD als Bürger-Partei.

Die Parteienstrukturen, ihre Wahrnehmung in der Öffentlichkeit und vor allem ihr Beitrag zur demokratischen Willensbildung in Deutschland sind einem tief greifenden Wandel unterzogen. Gab es – vor allem in der SPD – in den 70er Jahren noch hunderttausende zusätzlicher Mitglieder und wurden in der Folge zur Bewältigung dieses b eine Vielzahl von Arbeitsgemeinschaften in der SPD gegründet, so nimmt die Zahl der Parteimitgliedschaften nicht erst seit der umstrittenen Reformpolitik in der Regierungszeit 2002 bis 2005, sondern bereits seit Anfang der 80er Jahre ab. So hat die SPD zwischen 1979 und 2002 bereits nahezu 290.000 ihrer Mitglieder verloren und ab 2003 bis 2007 nochmals ca. 150.000.

Unsere Mitglieder sind aber auch heute noch die entscheidenden Träger und Vermittler unserer Politik. Ihre Mitarbeit in den Ortsvereinen, Arbeitsgemeinschaften und auf Parteitagen und Veranstaltungen und ihre Mithilfe in Wahlkämpfen sind nach wie vor der verlässlichste und entscheidende Bestandteil unserer politischen Arbeit.

Aber Mitgliedschaften müssen immer wieder erneuert werden. Der gesellschaftliche Wandel, geänderte Alltags- und Berufserfahrungen und veränderte Einstellungen müssen in lebendigen Volksparteien immer wieder in die Mitgliedschaft aufgenommen werden. Dies ist in den letzten Jahren nur sehr unzureichend gelungen, der Fall gewesen. Es fehlen nicht nur Frauen, sondern auch heute aktive Facharbeiterinnen und Facharbeiter, Krankenschwestern – und -pfleger, Polizeibeamte, Techniker, Ingenieure, aber auch Lehrerinnen und Lehrer sowie Hochschullehrer/innen in den Ortsvereinen, Unterbezirken und Kandidatenlisten der SPD. Die „Trittfestigkeit“ der Politik der SPD leidet darunter.

Die klassischen Mitgliederwerbekampagnen haben auch in der SPD seit Anfang der 80er Jahre einen begrenzten Erfolg. Zwar belegen die niedersächsischen SPD-Bezirke in der laufenden Mitgliederkampagne gute Plätze unter den westdeutschen SPD-Gliederungen (Bezirk Braunschweig Platz: 5 / Bezirk Nord-Niedersachsen Platz:6 ./ Bezirk Weser-Ems Platz:8 und Bezirk Hannover Platz:9) doch sind auch sie von dem Ziel, 10 Prozent des Mitgliedsbestands im Zeitraum Juni 2006 bis 31.Mai 2008 hinzu zu gewinnen, deutlich entfernt: Braunschweig Zielerreichung 50 % / Nord-Niedersachsen Zielerreichung 46 % / Weser-Ems Zielerreichung 42 % / Hannover 39 %. Damit lassen sich auch in Niedersachsen durch Neueintritte die Mitgliederverluste nicht kompensieren.

Die Parteien in Deutschland – auch die SPD – werden ihre Organisations-, Arbeits- und Entscheidungsformen radikal verändern müssen, wenn sie Massenorganisationen und Volksparteien bleiben wollen. Eine reine Optimierung der innerparteilichen Organisationsstrukturen reicht dafür bei weitem nicht aus. Die politische Kraft und die Kampagnenfähigkeit der SPD in Niedersachsen wird sich nicht ändern, wenn gleiche Aufgaben, vorhandene Finanzmittel und vorhandenes Personal nur anders verteilt

werden. Notwendig sind vielmehr grundlegende Reformen in der politischen Willensbildung und politischen Organisationsform der SPD:

- Die stärkere Einbeziehung der Mitgliedschaft in die innerparteiliche Willensbildung durch Mitgliederbefragungen und Urabstimmungen.
- Stärkung der ehrenamtlichen Mitwirkungsmöglichkeiten in der niedersächsischen SPD .
- Der Aufbau von Internet-Ortsvereinen mit vollen Mitglieds- und Mitwirkungsrechten in der niedersächsischen SPD.
- Der Aufbau von Internetplattformen zur politischen Willensbildung und Mitarbeit an politischen Entscheidungen.
- Der Aufbau einer Spendenakquisition mittels Internet.
- Die Öffnung der SPD für kurzfristige Mitgliedschaften und Kampagnenmitgliedschaften z.B. während der Wahlkämpfe („atmende Partei“).
- Die Aus- und Weiterbildung (Qualifizierung) der ehrenamtlich und hauptamtlich Tätigen sowie der Mandats- und Funktionsträger der SPD in Niedersachsen.
- Die Öffnung der Kandidatenlisten für sogenannte „Quereinsteiger/innen“ und für parteilose Kandidatinnen und Kandidaten auch auf aussichtsreichen Listenplätzen und/oder in den Spitzengruppen der Landeslisten.
- Die Öffnung der innerparteilichen Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten – bis hin zu Spitzenkandidaturen – durch Vorwahlen mit Stimmrecht auch für parteilose Bürgerinnen und Bürger des jeweiligen Wahlbereiches.

Die SPD-Bezirksverbände und der Landesverband in Niedersachsen erarbeiten zur Umsetzung dieser Öffnung der SPD ein entsprechendes Programm. Die Satzung des SPD-Landesverbandes ist dahin gehend zu ändern, dass die notwendigen Maßnahmen im Zuständigkeitsbereich des Landesverbandes mit einfacher Mehrheit durch Beschluss des Landesparteitages um- und durchgesetzt werden können.

3. Die SPD als Niedersachsen-Partei.

Niedersachsen ist sowohl regional wie auch von seinen wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen her sehr unterschiedlich strukturiert. Neben einer auch nach mehr als 60

Jahren Landesgeschichte eher diffusen (aber trotzdem vorhandenen) Landesidentität spielen regionale Identifikationen eine große Rolle. Das Profil der SPD soll also einerseits diese regionalen Bindungen widerspiegeln, muss aber andererseits mehr sein und bereithalten als die Summe der regionalen Interessen in Niedersachsen. Die SPD-Niedersachsen ist also Landes- und Regionalpartei zugleich.

Dabei hat sie nach wie vor sehr gute Voraussetzungen für ein eigenständiges Niedersachsen-Profil, denn die niedersächsische SPD stellt nach wie vor viele hauptamtliche Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister und ist in vielen Kommunalparlamenten die stärkste Kraft. Und selbst dort, wo die SPD nicht über Mehrheiten verfügt, bieten die sozialdemokratischen Rats- und Kreistagsmitglieder starke und verlässliche politische Grundlagen für ein solches Profil.

Gemeinden, Städte und Landkreise sind mehr als ein institutioneller Rahmen für die örtlichen Planungsprozesse und Aufgaben. Sie sind auch mehr als die Garanten der Daseinsvorsorge. Die kommunalen Gebietskörperschaften sind vor allem Orte gesellschaftlicher Integration. Gerade deshalb sind sie ein wichtiges Instrument für sozialdemokratische Politik und auch heute noch ist das sichtbare Engagement auf kommunaler Ebene eine wichtige Basis für Vertrauens- und Mehrheitsbildung auch im Land.

Zu einem entsprechenden Profil gehören:

- Repräsentation der Regionen Niedersachsens im personellen Angebot des Landesverbandes und der Landtagsfraktion bzw. einer sozialdemokratischen Landesregierung.
- Stärkere Abstimmung und Verzahnung von Landes- und Kommunalpolitik in Niedersachsen.
- Durchführung von Kampagnen zur Landespolitik und Veranstaltungen zur Landesidentität (z.B. „Niedersachsentag der SPD“) des SPD-Landesverbandes und der SPD-Landtagsfraktion auch außerhalb von Landtagswahlkämpfen.

- Deutliche und sichtbare Interessenvertretung Niedersachsens bei bundespolitischen Entscheidungen.

Der Landesverband der SPD in Niedersachsen und die SPD-Bezirke in Niedersachsen haben zur Erfüllung dieses gemeinsamen Ziels unterschiedliche Aufgaben:

Das Fehlen der früher ehrenamtlich tätigen Bürgermeister, Oberbürgermeister und Landräte in der Landespolitik muss durch eine stärkere Verzahnung der Arbeit von Landtagsfraktion, Landesverband und der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik in Niedersachsen ausgeglichen werden.

Der Landesverband ist verantwortlich für die Erarbeitung aller landespolitischen Initiativen und landespolitischen Entscheidungen der SPD. Und er muss die landespolitischen Interessen der SPD auf Bundesebene vertreten. Er bündelt die regionalen Kräfte für landesweite Kampagnen und auch für die landesweite Qualifikation der ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der SPD. Für diese Aufgaben muss der Landesverband der SPD gestärkt werden und auch die satzungsmäßigen Rechte und die finanzielle Ausstattung erhalten.

Die Bezirksverbände der SPD in Niedersachsen bündeln die regionale politische Meinungsbildung – nicht zuletzt in Richtung der Meinungsbildung auf Bundesebene (Bundesparteitag, Bundesvorstand, Parteirat. Dies entspricht auch der Aufbauorganisation der Bundes-SPD, die eine Gliederung nach Bezirken vorsieht, um die Verankerung und Repräsentanz der regionalen Meinungsbildung in der Gesamtorganisation zu sichern und sie nicht in zu großen Landesorganisationen zu verwässern oder gänzlich unberücksichtigt zu lassen.

Die gleiche Aufgabe besitzen die Bezirksverbände auch innerhalb Niedersachsens: sie sichern die regionale Verankerung der politischen und personellen Entscheidungen innerhalb des Landesverbandes der SPD. Sie sichern durch ihre regionale Nähe die tatsächliche Einbindung vor allem der ehrenamtlich tätigen SPD-Mitglieder in die politischen Entscheidungsprozesse. Eine ausschließliche Konzentration dieser regionalen Anbindung auf einen zentralen Landesverband würde diese regionale Nähe

aufgeben und zu einer deutlichen Verringerung der Einbindung der ehrenamtlich aktiven SPD-Mitglieder zugunsten einer verstärkten Konzentration auf die hauptberuflichen Mandatsträger führen.

Die Bildung von Regionen, die mehrere Unterbezirke umfassen und unterhalb des Landesverbandes den Ersatz für die bisherige Bezirksstruktur darstellen sollen, ist keine Alternative, da ihnen die satzungsmäßigen Rechte der Bezirke auf der Grundlage des Organisationsstatuts der Bundes-SPD nicht zustehen. Regionen ohne diese satzungsmäßigen Rechte der heutigen Bezirke, können die Absicherung einer angemessenen regionalen Repräsentanz bei allen inhaltlichen und personellen Entscheidungen innerhalb des Landesverbandes und des Bundesverbandes der SPD nicht absichern. Deshalb lehnt der SPD-Bezirksverband Braunschweig den Weg in eine derartige Organisationsreform in Niedersachsen ab.

III. Änderungen in der Organisationsform der SPD in Niedersachsen.

1. Der Landesverband Niedersachsen der SPD wird gestärkt. Er ist künftig verantwortlich für

- alle landespolitischen Willensbildungen und Entscheidungen,
- die Vertretung landespolitischer Interessen auf der Bundesebene,
- die Stellungnahme und politische Willensbildung auf Landesebene zu bundespolitischen Themen, soweit die Gremien des Landesverbandes dies für erforderlich halten,
- die Zusammenarbeit mit den sozialdemokratischen Kommunalvertretungen, Bürgermeistern, Oberbürgermeistern und Landräten,
- landesweite Kampagnen und Wahlkämpfe,
- die Qualifizierung von ehrenamtlichem und hauptamtlichem Personal auf der Ebene der Landespolitik,

2. Die SPD-Bezirke sichern für den SPD-Landesverband die personelle und finanzielle Handlungsfähigkeit zur Wahrnehmung seiner künftigen Aufgaben.

3. Die SPD-Bezirke in Niedersachsen sichern die regionale Repräsentanz bei allen politischen und personellen Entscheidungen des Landesverbandes. Sie unterstützen den Landesverband in seiner Arbeit und sind verantwortlich für die regionale politische Willensbildung innerhalb der SPD. Ihre satzungsrechtliche Stellung ist nach dem Organisationsstatut der Bundes-SPD und in der derzeitigen Satzung des Landesverbandes geregelt.
4. Der Landesverband Niedersachsen erhält einen Landesvorstand mit 20 Mitgliedern. Er wird auf einem Landesparteitag auf Vorschlag aus den vier SPD-Bezirken in Niedersachsen gewählt wird. Maximal die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder des Landesvorstandes sollen aus hauptamtlichen Mandatsträgern aus Europaparlament, Bundestag und Landtag bestehen.
5. Die vier SPD-Bezirke sollen bei der Wahl von Mitgliedern des Landesvorstandes durch den Landesparteitag angemessen vertreten sein.
6. Die Vorsitzenden der vier SPD-Bezirke oder einer ihrer Stellvertreter nehmen – soweit sie nicht gewählte Mitglieder des Landesvorstandes sind – mit beratender Stimme teil. Ebenso der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, der parlamentarische Geschäftsführer und der Fraktionsgeschäftsführer, soweit auch sie keine gewählten Landesvorstandsmitglieder sind.
7. Die SPD-Bezirke in Niedersachsen verständigen sich über die gemeinsame Wahrnehmung organisationspolitischer Aufgaben und über die Verteilung dieser gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung auf die einzelnen Bezirke. Der SPD-Landesverband übernimmt für die so vereinbarte gemeinsame Aufgabenwahrnehmung die organisationspolitische Zuständigkeit. Dies gilt auch für die damit verbundene hauptamtliche Verantwortung in den einzelnen SPD-Bezirken für die gemeinsame Aufgabenwahrnehmung.
8. SPD-Landesverband und die SPD-Bezirke erarbeiten Vorschläge für die Erweiterung der Mitwirkungs- und Entscheidungsmöglichkeiten der SPD-Mitglieder in Niedersachsen.

9. SPD-Landesverband und die SPD-Bezirke erarbeiten gemeinsam Vorschläge für die Öffnung der Parteiarbeit gegenüber parteilosen Bürgerinnen und Bürgern in Niedersachsen – einschließlich der Öffnung von Kandidatenlisten zu Kommunalwahlen und Landtagswahlen für „Quer-Einsteiger/innen“ oder Parteilose.
10. SPD-Landesverband und die SPD-Bezirke erarbeiten gemeinsame Vorschläge für die verstärkte Durchführung von Urwahlen bei der Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten und für die Durchführung von öffentlichen Vorwahlen zur Auswahl der jeweiligen SPD-Kandidatinnen und Kandidaten.